

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringer-Lohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition ausgegeben sein. Die 5 gespaltene Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 15.

Sonntag, den 9. April.

1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. All später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Internationalität und Sozialpolitik.

Lange Zeit hindurch hat die deutsche Regierung und ihr nach die bürgerliche Presse die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie, die einen nennenswerten Arbeiterschutz in der bürgerlichen Gesellschaft gegen die raubbauartige kapitalistische Ausbeutung der Arbeiter verlangten, mit der Begründung zurückzuweisen versucht, Deutschland könne nicht allein weitgehende Arbeiterschutzgesetze, z. B. auch keine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit schaffen, weil sonst die Konkurrenz des Auslandes die deutsche Produktion und damit auch die Arbeiter schwer schädigen würde. Diese Klauen sind durch die praktischen Erfahrungen, die in verschiedenen Industrien, in denen auf das Drängen der Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit eintrat, gemacht wurden, längst abgetan. Man weiß, daß kürzere Arbeitszeit für die wirtschaftliche, richtiger technische Ausbildung der Arbeiter von hohem Wert ist und die bessere Qualifikation der Arbeiter die Konkurrenzfähigkeit der Produktion erhöht.

Diese praktischen Erfahrungen treiben die Arbeiter an, durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen selbsttätig gegenüber dem Unternehmertum Arbeiterschutzforderungen durchzubringen. Dabei verzichten sie keineswegs darauf, diesen Forderungen in weitestem Maße eine gesetzliche Sanktion durch Parlament und Regierung zu verschaffen, vielmehr sollen ihre gewerkschaftlichen Errungenschaften gegenüber dem Unternehmertum die Sozialpolitik der Regierung und der herrschenden Partei vorwärts drängen.

Gleichwohl stemmen sich die letzteren gegen sozialpolitische Fortschritte immer noch mit dem Einwurf, daß in andern Staaten die Sozialpolitik noch gar nicht so weit gelang sei, wie in Deutschland, und daß nur ein internationales Übereinkommen Hindernisse für weitere Fortschritte wegräumen könnte.

Für die Arbeiter konnte dieser Einwurf nur zur Folge haben, daß sie selber den Gedanken internationaler Vereinigung und internationalen Vorgehens um so mehr pflegten und bekanntlich auf ihren internationalen Kongressen gemeinsame Arbeiterschutzforderungen stellten. Ist den Regierungen der Gedanke einer internationalen Regelung des Arbeiterschutzes nur ein diplomatischer Vorwand, um der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter auch fürderhin so viel Raum als möglich zu lassen, so ist es dagegen den Arbeitern bitterer Ernst mit ihrer internationalen Propaganda für den Arbeiterschutz. Die Schwierigkeit dieser Propaganda liegt in dem langsamen politischen Vormarschreiten der Arbeiter in allen auf moderner kapitalistischer Produktion fußenden Staaten. Ob diese Staaten eine monarchische oder republikanische Staatsform haben, kommt für dieses Vormarschreiten nur bedingungsweise in Betracht; denn selbst in republikanischen Staaten, wie z. B. in Frankreich, schreitet die Arbeiterbewegung nicht so rüstig vorwärts, wie in dem monarchischen Deutschland.

Da ist es interessant, einmal in der bürgerlichen Presse Deutschlands Andeutungen über die sozialpolitische Bewegung in Frankreich zu finden, die der Beachtung wohl wert sind. Die Nationalzeitung schreibt über die Lage in Frankreich unter anderem:

„Den Vorwurf, den man gerechterweise gegen eine demokratische Republik machen kann, ihre Unfähigkeit, soziale Reformen durchzuführen, hat die Republik von ihren Widersachern, den Merkmalen und Nationalisten, nicht zu fürchten. Denn ihnen liegt nichts an der Einführung weder der Einkommensteuer, noch der Altersversicherung für die Arbeiter. Vielleicht ist es auch ein Beweis für die mangelnde soziale Einsicht und Erkenntnis der französischen Arbeiterbevölkerung, daß sie diese Reformen bisher nicht mit größerer Energie gefordert hat. Das französische Volk steht eben noch in allen seinen Schichten zu sehr unter dem Bann der politischen Gedanken und historischen Erinnerungen, des Königtums, der Revolution und des Kaisertums, um ein lebendiges soziales Empfinden zu besitzen und soziale Einrichtungen auszubilden. Das Streben der einen wie der andern richtet sich ausschließlich auf die politische Herrschaft. Die Gleichheit soll nur nach oben, nicht nach unten hin gelten (ganz wie bei uns! D. B.), jeder Stand will an der Spitze stehen, keiner mit den andern in Reih und Glied gehen. Der politische Kampf, nicht die soziale Reform, liegt den Franzosen am Herzen.“

An diesen Ausführungen ist manches wahres, das die Nationalzeitung aber nur unbedenklich verkündet, weil sie französische Verhältnisse schildert, obgleich sie im wesentlichen auch für Deutschland und andre Staaten zutreffend sind. Mögen die besitzenden Klassen und bürgerlichen Parteien um politische Fragen willen sich befähigen und jede die andre von der politischen Herrschaft abzudrängen suchen, weil jede Partei selbst herrschen möchte, unkluge Vorwürfe,

daß sie zum Schutze der Arbeiter keine sozialen Reformen durchführen, werden sie sich nie machen, weil sie an der Ausbeutung der Arbeiter allesamt partizipieren und nur zum Schein und gezwungenermaßen, weil die Arbeiter mehr nach sozialen Reformen drängen, sozialpolitische Traktanden und Mixturen den Arbeitern gelegentlich empfehlen. Es liegt allen Gruppen der Bourgeoisie nichts, gar nichts an Arbeiterschutz!

Der Kapitalismus ist international und herrscht in den Republiken ebenso wie in den monarchischen Staaten. Sein einziges Streben ist, die Herrschaft über die Massen zu behalten, in deren Ausbeutung seine Macht begründet ist. Niemals wird er sie freiwillig aufgeben; darum ist es auch nur sozialpolitische Gaukelei, wenn die herrschenden Klassen dieses oder jenes Staates von einer internationalen Regelung sozialpolitischer Forderungen zum Schutze der Arbeiter reden. Davon will die Bourgeoisie keines Staates etwas wissen. Warum sollen sich also die politischen Gruppen der Bourgeoisie Vorwürfe darüber machen, daß keine sozialen Reformen durchgeführt werden?

Diese Erklärungen schienen uns nötig, obgleich es richtig ist, wenn die Nationalzeitung sagt, daß der politische Kampf den herrschenden Klassen allem andern in Frankreich vorangeht. Ebenso richtig ist es, daß die französische Arbeiterbevölkerung die angebotenen Reformen bisher nicht mit größerer Energie gefordert hat. Auch sie ist in dem Kampfe um die politische Macht stark engagiert, und die sozialistisch denkende Minderheit der Arbeiter hat leider die indifferente Mehrheit für ihre sozialpolitischen Forderungen noch nicht gewinnen können, sonst stünde es auch in Frankreich anders um den Arbeiterschutz.

Aber wenn es die Nationalzeitung quasi bedauert, daß die französische Arbeiterbevölkerung bisher nicht mit größerer Energie soziale Reformen gefordert hat, warum eifert sie denn stets mit dem Chorus der bürgerlichen Presse dagegen, daß die deutsche Arbeiterbevölkerung soziale Reformen energischer fordert? Trotz unserer energischen unaufhörlichen Forderung wirklicher sozialer Reformen lassen sich die herrschenden Parteien in Deutschland nicht herbei, sie zu gewähren, und die Nationalzeitung selbst bestärkt sie in ihrem Widerstand.

Aus dieser widerprüchlichen, heuchlerischen Zwitterstellung, die der ganzen bürgerlichen Presse eigen ist, können die Klassenbewußten Arbeiter lernen, daß Internationalität und Sozialpolitik nur ehrlich und konsequent in der Arbeiterbewegung betrieben wird. Die politische Heuchelei der herrschenden Klassen ist ja ein Ausfluß der bitteren Ungerechtigkeit der Ausbeutung der arbeitenden Klassen. Wer auf dieser Ungerechtigkeit die Existenz der herrschenden Klassen aufrecht erhalten will, der wird ungezwungen nichts zu ihrer Einschränkung, geschweige denn etwas zu ihrer Beseitigung tun. Die Befreiung der Arbeiter aus ökonomischen und politischen Banden kann eben nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Aus dem Generallstab der Scharmacher.

Ein Beitrag zum praktischen Christentum.

Am 18. März hat der Vorstand des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände — wohl zu Ehren des Gedenktags der bürgerlichen Revolution — eine Sitzung abgehalten, in der er neue Methoden der Kriegsführung gegen das Proletariat beriet.

In dieser Sitzung erstattete Herr Meud-Altona (der aus der nationalliberalen Fraktion schandenhalber ausgeschlossen worden ist, weil er gar zu offenherzig gegen das Reichstagswahlrecht agitiert hat), einen Bericht: Ueber Aussperrungen.

Der Vorwärts ist in der Lage, diesen interessanten Bericht nach dem Protokoll wörtlich mitzuteilen:

„Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat sich mit der Frage, wie die Arbeitgeber sich der unaufhörlichen Streikangriffe der organisierten Arbeiter, am besten erwehren können, bereits eingehend beschäftigt und zu der Frage der Streikversicherung schon Stellung genommen. Hiermit darf sich der Verein deutscher Arbeitgeberverbände aber nicht zufrieden geben, sondern er muß alle Abwehrmittel der Arbeitgeber einer Prüfung unterziehen und geeignete Vorschläge machen, wie die Wirksamkeit der Streikabwehrmittel nach Möglichkeit erhöht werden könnte.“

Zu den wichtigsten Abwehrmitteln der Arbeitgeber gehört auch die Aussperrung von Arbeitern.

Diese wird meistens da angewendet, wo eine Arbeiterorganisation eine allgemeine Forderung durch aufeinanderfolgende Einzelstreiks durchführen will.

Das suchen die Arbeitgeber dadurch zu vereiteln, daß sie durch Aussperrung aller Arbeiter die Einzelstreiks zu einem Generalstreik erweitern.

Sind in solchem Falle die Arbeiter nicht stark genug, um den Generalstreik gewinnen zu können, so ist die Aussperrung erfolgreich, indessen zeigt sich manchmal, daß die Arbeiter nicht deshalb zu dem Mittel der aufeinanderfolgenden Einzelstreiks gegriffen haben, weil sie sich zum Generalstreik zu schwach fühlten, sondern weil sie die Durchsetzung ihrer Forderung mit geringeren Kosten durch aufeinanderfolgende Einzelstreiks zu erreichen hofften.

Die Arbeiter gehen dabei von dem durchaus richtigen Grundsatz aus, daß versucht werden muß, den Sieg eben mit möglichst geringen Opfern zu erkämpfen.

Dieser Grundsatz muß auch für die Arbeitgeber durchgeführt werden, und deshalb muß die Frage geprüft werden, ob derselbe bei der richtigen Taktik der Aussperrungen genügend berücksichtigt worden ist.

Die Aussperrungen erfolgten bisher in der Weise, daß die aussperrenden Arbeitgeber entweder ihre sämtlichen Arbeiter auf einmal oder stufenweise entließen, meistens in Abteilungen von je 10 Prozent der Gesamtzahl.

Die Aussperrung sämtlicher Arbeiter bringt für die aussperrenden Unternehmer den Stillstand ihrer Betriebe und einen großen pekuniären Schaden mit sich.

Die Aussperrung eines Teils der Arbeiter ist vielfach ohne entsprechende Wirkung auf die Arbeiterorganisation geblieben, weil die aussperrenden Unternehmer ihre schlechtesten Arbeiter zuerst entlassen, diese aber zumeist junge Leute sind, welche leicht ihren Ranzen schmeißen und nach andern Orten abgeschoben werden können.

Die volle Aussperrung bedeutet eine kostspielige, die teilweise Aussperrung eine wenig wirkungsvolle Kriegsführung, mithin ist eine billigere und zugleich wirksamere Art der Aussperrung anzustreben.

Das Ziel läßt sich erreichen, wenn man die teilweise Aussperrung in der Weise vornimmt, daß die Arbeiter in der Reihenfolge ausgesperrt werden, wie ihre Namen im Alphabet aufeinanderfolgen.

Diese Aussperrung trifft dann gleichzeitig alte und junge, tüchtige und untüchtige, verheiratete und unverheiratete Arbeiter und deshalb wirkt sie auf die Arbeiter empfindlicher.

Noch empfindlicher würden die Aussperrungen auf die Gegner wirken, wenn als Gegenstoß gegen eine Reihe von Einzelstreiks eine Aussperrung von Arbeitern desselben Berufs über ganz Deutschland erfolgen könnte und zwar in der Weise, daß alle Arbeiter, deren Namen mit dem Buchstaben A anfängt, ausgesperrt würden.

Wenn A-Leuten würden eventuell die B-Leute, dann die C-Leute usw. folgen.

Die ausgesperrten Leute sind durch ihre Namen leicht kenntlich gemacht, so daß die Einstellung dieser ausgesperrten Leute durch Unachtsamkeit kaum möglich ist, wodurch die korrekte Durchführung der Aussperrung verbürgt wird. Den ausgesperrten A-Leuten muß natürlich der Eintritt in die mit Einzelstreiks überzogenen Betriebe gestattet sein.

Wenn nun die innerhalb eines Berufszweigs ausbrechenden verschiedenen Einzelstreiks in der Weise von den Arbeitgebern bekämpft werden, daß sie jedesmal die A-Leute des Berufs eventuell auch die folgenden B-Leute usw. ausgesperrt haben, so ist es klar, daß während eines lebhaften Streikjahrs die A-Leute nie zur Ruhe kommen, sondern eine Aussperrung nach der andern über sich ergehen lassen müssen.

Das können die A-Leute auf die Dauer nicht aushalten, sie müssen deshalb sich entweder bequemen, als Arbeitswillige bei Streiks ihr Brot zu verdienen, oder sie müssen von den Arbeiterorganisationen vollen Ersatz ihres Lohnes verlangen.

Zu dem letzteren werden sich die Arbeiterorganisationen wohl bequemen müssen, und damit verliert das System des Einzelstreiks seinen ökonomischen Wert für die Arbeiterorganisationen, weil die Entschädigung an die ausgesperrten A-Leute 2—3mal so hoch bemessen werden muß, als das gewöhnliche Streikgeld. Wenn also die Arbeitgeber auf jeden streikenden Arbeiter z. B. zwei A-Leute aussperrten, so werden die Ausgaben der Arbeiterorganisationen für den einen Streik auf das fünf- bis siebenfache des gewöhnlichen Streikgeldes steigen.

Durch die vorgeschlagene Art der Aussperrung erhöht man den Arbeiterorganisationen die Kosten der Einzelstreiks sehr erheblich; man verdirbt ihnen die Ökonomie des Systems der Einzelstreiks und erspart ihnen dadurch das Streiken überhaupt.

Es ist ja klar, daß die unschuldigen Leidtragenden bei diesem System der Aussperrung diejenigen Arbeiter sind, deren Namen mit dem ersten Buchstaben des Alphabets anfangen.

Darüber muß man aber keine sentimentalen Anwandlungen bekommen, um so weniger, als die Arbeiter sich in der Verfolgung ihrer Ziele durch solche Gefährde auch nicht

leiten lassen, im Gegenteil, sie suchen sich als erste Opfer ihrer Einzelstreiks gern diejenigen Arbeitgeber aus, welche am schwersten dadurch betroffen werden, nämlich diejenigen, die entweder mit Aufträgen überhäuft sind oder welche sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden.

Die Arbeiter richten sich nach dem Kriegsrecht, sie suchen ihre Angriffe gegen den schwächsten Punkt ihrer Gegner zu richten, und deshalb müssen die Arbeitgeber ihrerseits ebenfalls die schwächsten Punkte der Arbeiter für ihren Gegenstoß ausfinden.

Der Krieg beginnt und seinen Gegner mit allen Kräften der Kriegführung zu besiegen trachtet, darf sich nicht beklagen, wenn sein Gegner ebenfalls Kriegskünste anwendet.

Nach Beschluß des Vorstandes ist es erwünscht, daß die im B. d. N. zusammengeschlossenen Arbeitgeberverbände in Beratung darüber eintreten, ob die vorgeschlagene neue Art der Aussperrungen sich zur allgemeinen Anwendung empfiehlt.

Es hieße, schreibt der Vorwärts, die Wirkung dieses Bekenntnisses zum praktischen Christentum abschwächen, wollten wir sie kommentieren. Nur keine sentimentalen Umwandlungen, ist die Lösung. Die Kriegführung geschieht nach dem Muster der kolonialen Raubexpeditionen, bei denen ganze Dörfer niedergebrannt werden, wenn irgendein Eingeborener sich das Mißfallen der Kulturpioniere zugezogen hat. Können die Unternehmer dafür, daß Kamen mit dem Buchstaben A anfangen. Das System der Dezinierung ist noch human gegenüber dieser Massenwürgung nach dem Alphabet!

Nur keine sentimentalen Umwandlungen!
Freilich, das Proletariat fürchtet sich vor diesen neuen infam-boshaften Plänen nicht; ihre Enthüllung lehrt sie nur aufs neue die ganze Znnigkeit des praktischen Christentums unserer Staatserhaltenden erkennen, dessen Evangelium die Lushungerung nach dem Ate ist.

Australischer Tabak.

Ein beträchtlicher Teil der australischen Republik, eine Bodenfläche von wenigstens mehreren Tausend Morgen, ist, gleich vielen Ländern in Südamerika, vorzüglich zum Tabakbau geeignet. Obgleich die Industrie nach jahrelanger Versuchsarbeit noch in den Kinderschuhen steckt, so sind doch die Amerikaner, die Australier bereiten, über die geringe Aufmerksamkeit, die ihr in vielen Orten geschenkt wird, erstaunt gewesen. In Neusüdwales, sagt man uns, datiert der systematische Tabakbau von 1875 her, in welchem Jahre er von drei chinesischen Anwohnern eingeführt wurde. Diese produzierten in wenigen Monaten eine Menge trockener Blätter, die genügte, um ihnen 180 Pfd Sterling (3600 Mk.) einzubringen, wobei der Sydneyer Verkaufspreis 6 d (50 Pfg.) pro Pfund betrug. Vier Jahre später stieg der Preis auf 8 und 9 d (65 und 75 Pfg.) pro Pfund. 1880 betrug die bebaute Fläche im Tumut-Distrikt 1400 Acres, worauf 400 Chinesen beschäftigt wurden. Zwei Jahre später fiel der Preis auf 5½ d (45 Pfg.) pro Pfund, dann auf 5 d (40 Pfg.) und endlich auf 4½ d (37 Pfg.), bei welchem Preise sich die Pflanzler nicht begnügen konnten. In neuester Zeit hat das Auftreten einer starken Konkurrenz eine Nachfrage in der australischen Tabakfabrikation nach am Orte gebautem Tabak veranlaßt. Die Regierung hat die Wichtigkeit vollständig anerkannt, wie wichtig es ist, die Tabakbauindustrie zu ermutigen, indem sie ein paar Plantagen errichtet hat, auf denen die Möglichkeit, ein vorzügliches Produkt zu erlangen, erwiesen worden ist. Doch betrug trotz dieses ermutigenden Resultates die bebaute Fläche im Staat während des Zeitraumes 1903/04 nur 407 Acres (= 1630 Mr) und die Produktion 5220 ewt (= 520 Zentner) Blatt. 1888 wurden 4883 Acres bebaut, die 55 478 ewt hervorbrachten, aber es war kein Absatz nach überseeischen Ländern vorhanden und die Pflanzler wurden entmutigt. Beinahe ebenso verhielt es sich in Victoria, wo 1903 129 Acres gegen 2029 im Jahre 1895 bebaut wurden, und in Queensland, wo die bebaute Fläche in demselben Jahre 772 Acres gegen 1061 im Jahre 1895 betrug. Die Ursache dieses Niederganges ist vollständig erklärlich. Die Blätter waren (ausgenommen Versuchsweise) nicht derart behandelt worden, als daß sie Absatz auf überseeischen Märkten fanden. Bei der Zubereitung ist vieles in irgendeiner primitiven Art geschehen, da die australischen Pflanzler nur zu häufig die rohen Methoden der chinesischen Tabakbauern nachahmen, denen es mehr auf die Menge, als auf die Güte der Ware ankommt. Was auf richtige Weise erreicht werden kann, ist durch die Tatsache gezeigt worden, daß 1903 eine Anzahl Proben von verarbeitetem Tabak — das Blatt stammt von der im Staate Victoria bei Ebi gelegenen Tabakplantage — die der Direktor einer australischen Tabakkompanie verarbeiten ließ, der sich im allgemeinen mit ihnen zufrieden erklärte. Die verschiedenen Zigarrensorten wurden einer anderen Tabakfabrik überwiesen, deren Direktor dem Ackerbauminister in Victoria Bericht erstattete und günstig von ihnen sprach. Er sagte, daß dies die besten Proben von australischem Zigarrentabak seien, die ihm jemals vorgelegt worden wären. Auch alle größeren Importeure in Melbourne urteilten günstig über die ihnen vorgelegten Proben, und hielten es für vollständig erwiesen, daß, wenn alle Erfordernisse beim Bau und Trocknen ordentlich beobachtet werden, Tabak ebenso erfolgreich angebaut werden kann, als irgend ein anderes landwirtschaftliches Produkt der Republik.

In Queensland ist die mit Tabak bebaute Bodenfläche ausgedehnter, da die bebauten Teile sich hauptsächlich in dem südlichen Teile des Staates befinden, westlich von Great Dividing Range. Mit Erfolg ist der Tabak im Norden bis an den Herbergsfluß angebaut worden, ebenso in den Distrikten Mackay und Cairns, und es ist anzunehmen, daß in gar nicht langer Zeit der Tabakbau trotz der Produktionschwankungen, die von ungünstiger Witterung und anderen Umständen verursacht werden, einer der Haupterwerbszweige des Staates werden wird. Der Ackerbauminister von Queensland sagt in seinem Jahresbericht von 1902/03, daß die Möglichkeit eines erfolgreichen Anbaues der Tabakpflanze niemals bestritten worden sei, noch daß ihr Anbau über die Fähigkeiten eines Pflanzers, der sonst keine Sache versteht, hinausgehe. Die einzige Schwierigkeit sei die unvollständige Behandlung des Blattes gewesen. Auf der staatlichen Tabakplantage bei Texas wurden trotz fehlender Regens ein paar Tonnen Tabak gebaut, die nach der Zubereitung bei der öffentlichen Auktion pro Pfund

11 d (90 Pfg.) einbrachten, den höchsten Preis, der in Queensland unter ähnlichen Umständen jemals erzielt worden ist. Kleine Mengen Tabak werden in Süd- und Westaustralien angebaut, wo es zwar ausgedehnte Flächen gibt, die zu diesem Zwecke geeignet sind, aber gegenwärtig noch unausgenutzt bleiben. In der Tat glaubt man, daß die Bodenfläche Australiens, die geeignet ist, für den Handel brauchbaren Tabak hervorzubringen, größer ist, als die in den südlichen Staaten Amerikas gefundenen. An unverarbeitungsmäßig Tabak wurden im Jahre 1903 in die Republik 5 156 793 Pfund eingeführt, die einen Wert von 232 884 Pfd. Sterling haben, wovon 4 998 969 Pfund im Werte von 224 961 Pfd. Sterling aus den Vereinigten Staaten stammen. Wenn die australischen Tabakpflanzler genügend große Mengen liefern könnten, die den importierten gleichwertig wären, würden diese auf dem inländischen Markte sofort Absatz finden. Woran es fehlt, ist Erfahrung und Kapital. Mit diesen Faktoren verbunden, würde der Tabakbau bald ein sehr lohnender Erwerbszweig Australiens werden.

Sydney.

John Pummer.

Rundschau.

Den Wirkungen der neuen Handelsverträge sieht auch die märkische Kleinindustrie mit großen Besorgnissen entgegen. Deren Verein hat in seiner Generalversammlung eine Resolution beschloffen, in welcher die Ergebnisse der Handelsverträge dahin zusammengefaßt werden:

1. Verteuerung der Lebensmittel und der Lebenshaltung der Arbeiter, die zu einer Erhöhung des Lohnes, also der Produktionskosten, führen wird. 2. Aufrechterhaltung der Einfuhrzölle für Rohseiden, Halbzeug- und Walzfabrikate, wodurch eine Verbilligung der Herstellung der Fertigwaren verhindert und die Verschleuderung der ersteren im Ausland unterstützt wird. 3. Herabsetzung der deutschen Einfuhrzölle und dadurch erleichteter Wettbewerb ausländischer Fertigfabrikate im Inlande, welcher einen Preisdruck zur Folge haben wird. 4. Enorme Erhöhung der Einfuhrzölle in mehreren Vertragsstaaten, wodurch der Kleinindustrie alte, kaum entbehrliche Absatzgebiete in kurzer Zeit abgeschnitten sein werden. Aus Mangel an Absatz werden manche Fabriken zum Erliegen kommen, vermehrter Abzug von deutschem Kapital, Intelligenz und Arbeitern ins Ausland wird die Folge sein. Die Steuerkraft mancher Gewerbezweige wird verloren sein.

Das Fazit ist im ganzen richtig gezogen, nur mit der Erhöhung der Löhne wird es so schnell nicht gehen. Freiwillig geben die Unternehmer auch dann nicht mehr, wenn die Arbeiter durch die Zollpolitik in der schmachlichsten Weise in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt werden. Sie werden sich jede Besserung erst mit großen Opfern erkämpfen müssen, mit um so größeren, je fester sich die Unternehmerorganisationen zur Abwehr solcher Mehrforderungen zusammenschließen.

Ein sozialpolitischer Erlaß der bayerischen Regierung. Der bayerische Minister des Aeußern hat an die Fabrikinspektoren einen bemerkenswerten Erlaß ergehen lassen. Den Gewerbeaufsichtsbeamten wird darin empfohlen, auch zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, der Wohnräume und der sonst in Betracht kommenden Zustände der Arbeiterbevölkerung vermittelnd und anregend mitzuwirken. Insbesondere wird empfohlen, den Abschluß von Tarifverträgen zu fördern, zu welchem Zweck sich die Beamten mit den Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber ins Benehmen setzen sollen. Die Beseitigung des Prämienystems sei anzustreben. Zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, die vielfach noch zu wünschen übrig lassen, sei ein Zusammengehen mit den Arbeitnehmern und den Bauvereinen unausgesetzt zu fördern und auf die Errichtung von Ledigenheimen hinzuwirken. Die Errichtung von Gewerbegerichten soll auch in kleineren Gemeinden mit industrieller und gewerblicher Bevölkerung in Anregung gebracht werden. Endlich ergeht an das Oberbergamt und an die Berginspektionen die Aufforderung, sich den Schutz der Bergarbeiter vor Gefahren und Gesundheitschädigungen sowie die Hebung der Wohlfahrt derselben nach allen Beziehungen angelegen sein zu lassen.

Die weibliche Gewerbeaufsicht war im preussischen Abgeordnetenhaus Gegenstand der Verhandlung. Der Freisinnige Hirsch trat für die Anstellung weiterer weiblicher Gewerbeinspektoren und für die Hinzuziehung von Assistentinnen aus der Arbeiterklasse ein. Die Regierung verhielt sich diesen Wünschen gegenüber ablehnend. Obgleich seit Jahren Assistentinnen der Gewerbeaufsicht ihres Amtes walteten, weiß sie noch immer nicht, ob der „Versuch“ mit der Verwendung von Frauen geklärt ist. Ein besonderer Erfolg der Neuerung habe sich nicht gezeigt. Gewissenhaft, wie der Herr sie in seinem Borne geschaffen, kann sie sich daher nicht entschließen, auf dem eingeschlagenen Wege weiter fortzuschreiten. Angehörige der Arbeiterklasse will die Regierung erst recht nicht bei der Gewerbeaufsicht verwenden. Einmal weil diese keine Autorität bei den Arbeitgebern besäßen — als ob der Staat ihnen diese Autorität nicht leichtlich verleihen könnte! — dann aber weil ihr Wirken nur der Sozialdemokratie fruchten würde. Ähnliche Erklärungen waren schon in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses gefallen, als dieses über die Gewerbeinspektion verhandelte. Sie würden merkwürdig antworten, wenn sie nicht im preussischen Geldsachparlament und von Seiten der scharfmacherfrömmen preussischen Regierung gefallen wären. In diesem Parlament aber und im Munde dieser Regierung sind sie nur natürlich. Dornen können keine Feigen und Disteln keine Trauben tragen.

Zur Nachahmung empfohlen! Die württembergische Eisenbahnverwaltung hat der Arbeiterschaft gegenüber ein bemerkenswertes Entgegenkommen an den Tag gelegt. Die Eisenbahnbetriebsinspektion in Stuttgart über sandte nämlich dieser Tage dem Stuttgarter Arbeiterssekretariat einen Entwurf zum Sommerfahrplan für 1905 mit dem Ersuchen, etwaige Abänderungsvorschläge der Arbeiterschaft der Eisenbahnverwaltung bald zur Kenntnis zu bringen. Die hiesigen Arbeiter, die an dem Sommerfahrplan interessiert sind, werden sich nun in einer demnächst stattfindenden Versammlung mit dieser Angelegenheit befassen und ihre Wünsche der Eisenbahnverwaltung übermitteln.

Der kleine Belagerungsstand ist über Weissenfels wegen des Schuhmacherstreiks verhängt worden; die Bekanntmachung lautet: „Nachdem bei den Zusammenrottungen Ausständiger auf den Straßen und Plätzen mehrfach grobe Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten vorgekommen, verbieten wir zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit alle Ansammlungen, die stärker sind als fünf Personen. Zuwiderhandelnde werden streng bestraft. Zur Warnung bringen wir § 125 des Reichs-Strafgesetzbuchs in Erinnerung: Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begeht, so wird jeder, der an dieser Zusammenrottung teilnimmt, wegen Landfriedensbruchs nicht unter drei Monaten bestraft. Die Häufelführer sowie diejenigen, die Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen oder Sachen geplündert, vernichtet oder zerstört haben, werden mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren bestraft. Auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. Sind mildere Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein. Weissenfels, den 29. März 1905. Die Polizeiverwaltung.“

Diese Bekanntmachung setzt natürlich voraus, daß die Streikenden nicht durch irgendwelche Parteinahme der Polizei für Fabrikanten und Streikbrecher aufgereizt werden.

Neuaufgabe von Arbeiterkolonien. Für wandernde Arbeitslose will ein von dem Pastor v. Bodelschwing mit Unterstützung der Konservativen im preussischen Abgeordnetenhaus eingebrachter Antrag eine Fürsorgeeinrichtung treffen. Der Antrag fordert die Regierung auf, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, „durch welchen die Fürsorge für arbeitssuchende mittellose Wanderer mittels Einrichtung von einseitigen Arbeitsstätten (Wanderarbeitsstätten) in Verbindung mit Arbeitsnachweisen geregelt wird, der aber nur für die Provinzen in Kraft zu treten hat, deren Vertretungen dies beschließen“. Die Gemeindefunktion des Abgeordnetenhauses hat den Antrag beraten und schlägt nun vor, die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs im Sinne des Antrages des Abgeordneten v. Bodelschwing zu ersuchen, zugleich aber darin Bestimmungen zu treffen, daß die Regierung an den Kosten für die Wanderarbeitsstätten in „angemessener Weise“ sich beteiligt und zwei Drittel der Kosten die Provinzen den Kreisen erstatten. Die Beförderung der mittellosen arbeitswilligen Wanderer von und nach den Wanderstationen und Arbeitsstätten soll auf den preussischen Staatseisenbahnen zu einem ermäßigten Tarife erfolgen.

An die Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen.

Durch eine unermüdlige Agitation ist es dem Deutschen Tabakarbeiterverband gelungen, bei den Kollegen und Kolleginnen der Dresdner Zigarettenindustrie festen Fuß zu fassen. Das unmöglich Scheinende ist Tatsache geworden: Die Zigarettenarbeiterinnen sind nicht nur in einer respektablen Zahl dem Verbande beigetreten, sondern haben sich anerkanntermaßen mit den gewerkschaftlichen Aufgaben und Zielen vertraut gemacht.

Es ist nun eine unleugbare Tatsache, daß die Löhne in der Zigarettenindustrie seit Jahren im Niedergang begriffen sind. Eine ins ungeheure angewachsene Schmutzkonkurrenz hat sich auf Kosten der Arbeitslöhne und der Hausarbeit, sowie einer großen Hehlungsindustrie und -Ausbeutung breit gemacht. Preisunterbietung, Rabatt- und Geschenkwesen an die Händler und Käufer, verbunden mit einer unlauteren Reklame, sind die Symptome dieser Konkurrenz. Noch ein paar Jahre, und das Zigarettenarbeiter-Elend wird größer sein, als das sprichwörtlich gewordene Weber-Elend! Wollen wir das nicht, wollen wir nicht, daß diese blühende Industrie mit ihren 18 000 Arbeitern und Arbeiterinnen das Opfer einer wahnsinnigen Konkurrenz wird, so ist es die höchste Zeit, daß wir eingreifen! Produzenten und Konsumenten müssen aufgerufen werden zum Kampf! Um diesem Unwesen zu steuern, um zu verhindern, daß die Zigarettenindustrie dem Ruin entgegengeführt wird, sind die Kollegen und Kolleginnen Dresdens entschlossen, in Gemeinschaft mit den Fabrikanten einen Lohn tarif, verbunden mit einem Arbeitsnachweis und einer Regelung des Hehlungs wesens durchzuführen.

Sonnabend, 8. April, werden die Kollegen und Kolleginnen Dresdens in einer Versammlung im Volkshaus Stellung zu dieser Frage nehmen, und wir werden sehen, ob die Herren Fabrikanten die Hand, die ihnen geboten wird, ergreifen, um dem Ruin dieser Industrie gemeinschaftlich entgegenzuarbeiten. Wir wissen, daß die Sympathie aller Kollegen und Kolleginnen auf unserer Seite ist, denn eine solche Vereinbarung muß eine günstige Einwirkung auf die gesamte Zigarettenindustrie haben. Wir bitten Euch aber, während dieser Bewegung den Zug nach Dresden auf das strengste fernzuhalten! Hoch die Tabakarbeiter-Bewegung! Hoch die Solidarität!

Richard Hlig.

NB. Alle Anfragen sind zu richten an Richard Hlig, Dresden-A., Rigenbergstr., Volkshaus, Zimmer 25.

Berichte.

Hamburg. Am Sonntag, 26. März, fand bei b. Salzen, Caffamacherreihe, eine Mitglieberversammlung der Zigaretten-Gesellschaftsvereine statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Franz Lauffötter über: Arbeitsnachweisen oder Arbeiterkammern; 2. Bericht über das Gewerkschaftshaus; 3. Bericht vom Kartell; 4. Wahl der Kartelldelegierten. Zuvor wurde vom Kollegen Thieme der Bericht vom Gewerkschaftshaus erstattet und dabei hervorgehoben, daß bis jetzt 194 000 Mk. zusammengebracht seien. Nachdem noch ein Platz angekauft, damit das Herbergsweesen bedeutend erweitert werden kann, beläuft sich der Baugrund auf 275 000 Mk. Demnach wird die Front des fertiggestellten Hauses 87 Meter lang sein. Alsdann erstattet Kollege Quast den Kartellbericht und teilt der Versammlung mit, daß die Maifeier einen beträchtlichen Ueberflus erzielt habe. Auch das Arbeitersekretariat funktioniere gut. Die Abhaltung der Wempe-Vorträge halte man jetzt nicht für passend, da das Gewerkschaftskartell hierbei mit einem Defizit abgeschlossen habe. Alsdann gab Kollege Fr. Lauffötter sein Abscheat. Er führte in längerer Rede aus, daß der nächste Gewerkschaftskongress sich mit der Einführung von Arbeiterkammern zu befassen habe. Ueber diese Notwendigkeit konnte kein Zweifel sein. Die vorgeschlagenen Anträge

Arbeitsnachweis und Schutz gegen Arbeitslosigkeit.

Die Schäden der bürgerlichen Gesellschaft, deren Grundlage die kapitalistische Produktionsmethode ist, lasten am schwersten auf den Arbeitern. Neben der permanenten Ausbeutung ihrer Arbeitskraft verfallen sie dem Verhängnis der Arbeitslosigkeit und sind somit dem tiefsten Elend dieser herrlichen Weltordnung preisgegeben. Wissend, daß dieses Elend in der heutigen Gesellschaft unabwendbar ist, machen die ihrer ökonomischen und sozialen Lage sich bewußt gewordenen Arbeiter nun die größten Anstrengungen, dieses Elend wenigstens zu mildern. In ihren gewerkschaftlichen Organisationen richten sie Arbeitsnachweise ein und zahlen Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Außerdem stellen sie an Staat und Gesellschaft die Forderung, allgemeine gesellschaftliche Einrichtungen zu schaffen, die das größte Unheil von ihnen, als den Opfern der kapitalistischen Wirtschaft, abmildern sollen. Denn der Illusion geben sie sich nicht hin, daß die bürgerliche Gesellschaft die schlimmsten Folgen dieser ihrer Wirtschaft überhaupt beseitigen könnte. Das erfordert die Beseitigung der Grundursache allen Übels, die Ausbeutung der Masse zugunsten weniger, und diesen Selbstmord begehen die herrschenden Klassen nicht, deren Herrschaft sich nur auf die Ausbeutung der Massen gründet.

Unehrlich, heuchlerisch, betrügerisch — wie das ganze kapitalistische System ist — beteiligen sich nun hier und da die herrschenden Klassen an den Bemühungen, das Elend der Arbeitslosigkeit zu mildern. Aber es bleibt in der Regel bei dem Zugeständnis des Übels und der heuchlerischen Bekämpfung desselben, sowie bei trügerischen Anläufen und Versuchen, ihm zu steuern. Ernsthaft und gründlich können sie nicht an seine Beseitigung gehen, weil es im System des Kapitalismus wurzelt, und nur mit diesem auszuwurzeln ist.

Neuerdings hat sich in der Schweiz der Nationalrat mit den Fragen: Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung, beschäftigt; aber die Verhandlung darüber hatte einen nur dilatorischen Charakter. Der Restor der Schweizer Arbeiterbewegung, Greulich, beteiligte sich an der Debatte, der folgende Kommissionsantrag zugrunde lag: 1. Vom Bericht des Bundesrates, daß eine bundesgesetzliche Lösung der Arbeitslosenfrage, speziell eine Vorlage über Arbeitslosenversicherung noch nicht möglich und zurzeit von ihr abzusehen sei, wird Vorwort genommen. 2. Der Bundesrat wird beauftragt, die Frage der Arbeitslosenversicherung weiter zu prüfen und Bericht und Antrag darüber vorzulegen: a) ob und unter welchen Bedingungen die Unterstützung des Bundes für Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewährt werden könne; b) ob und wie ein Zusammenwirken der Verwaltungen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden behufs zweckmäßiger Einteilung der öffentlichen Arbeiten anzustreben sei.

Bogelfanger begründete den Antrag in deutscher Sprache. Eine Umfrage in den Kantonen habe folgendes Ergebnis gehabt: Es sprachen sich für die Ansicht aus, daß 1. die Fürsorge für Arbeitslose der Kantone, Gemeinden, Berufsorganisationen usw. zu überlassen bzw. daß eine gesetzgeberische Aktion des Bundes verfrüht, zu wenig abgeklärt oder kein Bedürfnis sei, 17 Kantone; 2. der Bund die Fürsorge für Arbeitslose zum Gegenstand seiner Gesetzgebung machen solle, 3 Kantone; 3. der Bund Einrichtungen, die der Fürsorge für Arbeitslose dienen, finanziell unterstützen solle, 11 Kantone; 4. der öffentliche Arbeitsnachweis kantonal, lokal, durch Berufsorganisationen zu regeln sei, 10 Kantone; 5. der öffentliche Arbeitsnachweis vom Bunde zu erweitern sei (Schaffung einer Zentralstelle usw.) 5 Kantone; 6. der Bund Einrichtungen, die dem öffentlichen Arbeitsnachweis, eventuell verbunden mit Naturalversorgung, dienen, finanziell unterstützen solle, 8 Kantone; 7. für eine Aktion des Bundes im Sinne von Ziffer 2 und 5 die verfassungsmäßige Kompetenz noch zu

schaffen sei, 7 Kantone — im gegenteiligen Sinne liegt keine Äußerung vor —; 8. die Postulate der Union Helvetia betreffend Regulierung des privaten Arbeitsnachweises durch den Bund gutzuheißen seien, 7 Kantone; 9. die Postulate der Union Helvetia zu verwerfen bzw. der private Arbeitsnachweis kantonal zu regeln sei, 5 Kantone.

Greulich hielt es nicht für zutreffend, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung noch zu wenig abgeklärt sei, als daß man jetzt schon in dieser Richtung von Bundeswegen etwas tun könnte. Er beantragte daher den Zusatz, daß der Bundesrat auch Bericht und Antrag vorlegen sollte darüber, ob und unter welchen Bedingungen die Unterstützung des Bundes „insbesondere für die Arbeitslosenversicherung durch die Gewerkschaften“ gewährt werden solle. Es bestehen bereits eine große Zahl von gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherungen. In dieser Richtung liegen daher bereits positive Resultate vor. Die Unterstützung, die dem Bunde für diesen Zweck zugemutet wird, sei ja nur eine minime, obschon die Zweck wenigstens ebenso wichtig sei als die Verbesserung des Bodens, die Hebung der Hindviehzucht u. s. f., zu welchen Zwecken der Bund so große Beiträge spendet.

Bundesrat Deucher erwiderte Greulich, es gehe nicht an, daß man diese so wichtige grundsätzliche Frage nur so auf dem Budgetwege löse. Allein, diese Äußerung war nur eine geschickte Ruse, denn bald nachher kam bei Deucher der kapitalistische Pferdeschuh zum Vorschein, er meinte, die Subventionierung von Gewerkschaften durch den Bund biete verschiedene Schwierigkeiten, so namentlich, wenn sie Werkzeuge in den Händen von Streikenden seien. Man dürfe die Gewerkschaften nicht ohne weiteres auf die gleiche Linie stellen mit dem Bauernverband, dem schweizerischen Handels- und Industrieverband usw. Es handle sich bei der Subventionierung der Gewerkschaften nicht um das Geld, sondern um das Prinzip.

Soweit hat Herr Deucher seinen kapitalistischen Standpunkt ganz deutlich dargelegt; es ist in der Schweiz ebenso, wie in anderen Staaten, die Arbeiter werden hier republikanisch-kapitalistisch, in anderen Staaten kapitalistisch-monarchisch geschoren.

Schließlich wurde der Kommissionsantrag mit großer Mehrheit angenommen, d. h. man stürzt sich aus einer „Prüfung“ in die andere und kommt vor lauter Prüfungen nicht dazu, konkrete Vorschläge zu machen.

Die kapitalistischen Vertreter der herrschenden Klassen sind sich eben überall gleich, sie suchen gegen die Forderungen der Arbeiter zu bremsen, bis eines Tages die Selbsthilfe der Arbeiter die Zügel selbst ergreifen und der gesamten Produktion das kapitalistische Gepräge abnehmen wird. Bis dahin müssen sie sich mit Palliativmitteln gegen die traurigen Folgen der kapitalistischen Wirtschaft abquälen.

Wahrheit bleibt Wahrheit!

Auch dann, wenn man sie nicht hören mag!

Die Veröffentlichung meines Artikels in Nr. 12 des Tabakarbeiter über: „Die Fluktuation der Mitglieder im Verbands“, ist, wie nicht anders zu erwarten, auf Widerstand gestoßen. Zornentbrannt über diesen meinen Artikel, der die „Mißstände“ einer Anzahl von Zahlstellen aufdeckt und einer Kritik unterzieht, ruft C. L. in Nr. 13 des Tabakarbeiter Feuer und Flamme. Man merkt es ihm an, wie er sich abmüht, seinen angegriffenen Ehrgeiz zu unterdrücken, wie er sich in der Schweiß seines Angesichts dabei abquält, meinen Artikel lächerlich zu machen und meine Worte zu entkräften. Durch solche Kampfweise sind meine Darlegungen weder aus der Welt geschafft noch widerlegt. Deshalb nur immer ruhig Blut, mein lieber C. L.!

Doch nun zur Sache! Nun endlich ist die Universalmedizin gefunden, den Verband von der Krankheit (Fluktuation) zu heilen. Nun endlich ist des Rätsels Lösung,

nach der so und so viele Kollegen vergeblich gesucht, gefunden; so ruft in freudiger Gerührtheit C. L. aus. Aber das ist nur Galgenhumor. Wo habe ich denn überhaupt meine Anregung als Universalmittel gepriesen? Wo, frage ich, habe ich die Behauptung aufgestellt, daß das Fluktuieren der Mitglieder im Verbands nur allein in der falschen Geschäftsführung einzelner Zahlstellen zu suchen ist? Ausgedrückt habe ich nur, daß dem Verband durch die häufigen Fehler, welche die Bevollmächtigten mancher Zahlstellen begehen, viele Mitglieder verloren gehen. Das halte ich auch heute noch aufrecht. Kollege C. L. hat mir nicht das Gegenteil bewiesen. Um allen falschen Deutungen die Spitze abzubrechen, erkenne ich hiermit sehr gerne an, daß manche Bevollmächtigten ihre volle Schuldigkeit getan und nach Recht und Gewissen die Verbandsgeschäfte leiten. Trotzdem ist die Herausgabe einer Informationschrift notwendig. Doch was kann nun ich davor, daß so und so viele Kollegen sich vergeblich den Kopf zerbrechen, ohne das Rätsel gelöst zu haben. Mit neidischem Blick schielt C. L. auf mich armen Ritter, wie er mich selber nennt, von oben herab. Nachdem er sich in das Unvermeidliche geflügt, möchte er doch wenigstens den Namen meiner Zahlstelle wissen, weil ja da, wie er meint, Musterbevollmächtigte sein müssen. Wie mag er gestaunt haben, als er den Namen Schwepnitz, den ihm die Redaktion verraten, gelesen hat. Zwar wäre es von C. L. sowie auch von der „Redaktion“ konsequent gewesen, auch den Namen der Zahlstelle des Kollegen C. L. zu veröffentlichen; denn was C. L. recht ist, sollte für mich billig sein.*

Doch weiter! Ganz will C. L. meine Ausführungen denn doch nicht bezweifeln, drum stimmt er mit mir darüber überein, daß die Informationschrift beschafft werden soll, wenn ihm auch meine Begründung unangenehm ist. Mißstände, so führt er aus, sind in manchen Zahlstellen vorhanden, sie sollen auch im Verbandsorgan aufgeführt und — man staune — gerügt werden! Wie gnädig! Aber wenn dem so ist, warum zieht denn C. L. mit einem Donnerwetter gegen meinen Artikel zu Felde? Er sagt: „Was aber, frage ich, gibt ihm das Recht, Einzelfälle zu verallgemeinern, sie als überall vorhanden hinzustellen?“ Mit Verlaub, mein lieber C. L., gegen eine derartige Unterstellung möchte ich Verwahrung einlegen und weise sie als eine Unwahrheit zurück. Um die Berechtigung meines Artikels nachzuweisen und um meine Argumente zu entkräften, reißt er einzelne Sätze aus dem Zusammenhang und gibt ihnen somit einen ganz andern Sinn. Verdrehung und Entstellung bildet also die Grundlage seines Artikels. Nur dadurch, daß er mir Verallgemeinerung von Einzelfällen unterzieht, ist es ihm möglich, gegen meinen Artikel zu wettern; was hätte es sonst auch für Zweck, nachdem er anerkannt, daß in manchen Zahlstellen Mißstände vorhanden sind.

Wo sind die Bevollmächtigten zu finden, die sich bei Auszahlung von Unterstützungen von persönlichen Motiven leiten lassen, so ruft C. L. siegesbewußt aus. Heraus mit der Sprache, damit wir sie zur Rechenschaft ziehen können! Diese Herausforderung ist denn doch zu offensichtlich! Einzelne Fälle sollen nicht verallgemeinert werden, meint C. L., in demselben Moment schreit er aber nach Beweisen. Um ihn zu befriedigen, müßte ich also wenigstens drei Nummern unsres Organs mit Beweisen füllen; das würde zu weit führen. Auch bin ich nicht berechtigt, Namen zu veröffentlichen, das würde die Verbandsinteressen nicht fördern. Eine objektive, allgemein gehaltene Kritik wird sicher mehr nützen, als die von C. L. so gern gezeichnete persönliche Zusammenbeziehung und Anrempfung zwischen Mitgliedern und Bevollmächtigten. Eine schallende Ohrfeige versetzt sich C. L. dadurch, daß er die „Gründe der Nichtmitgliedschaft“ von oben herab als nicht für ihn maßgebend hinstellt. Aber was ist es anders, als die „Gründe“ der „Nichtmitglieder“ anerkennen, wenn Kollege C. Deich-

* Chemnitz. D. Red.

Die Lehren des Bergarbeiterstreiks.

Von R. Rautsky.
(Fortsetzung.)

Zunächst kann die Gewerkschaft im besten Falle für den Arbeiter nur jene Nachteile beseitigen, welche die Konkurrenz mit seinen Kollegen und die industrielle Reservearmee für ihn schafft, nie aber jene, die daraus hervorgehen, daß die Produktionsmittel, deren er bedarf, ohne die er nicht arbeiten und existieren kann, im Besitz einer anderen Klasse sind, die diesen Besitz dazu benutzt, ihn auszubeuten. Die Tatsache dieser Ausbeutung und das Streben, sie möglichst zu steigern, kann keine Gewerkschaft aus der Welt schaffen; sie kann also auch nicht den Klassen Gegensatz und den Klassenkampf aufheben, sondern ihn nur unter Umständen für das Proletariat günstiger gestalten.

Aber auch das vermag sie nicht für das gesamte Proletariat. Es ist ein alter Grundsatz, daß Gewerkschaften nur etwas leisten können bei hohen Beiträgen. Diese setzen aber schon eine gewisse Höhe des Arbeitslohns voraus. Wo er knapp nur zur Deckung des Existenzminimums ausreicht oder gar noch darunter steht, da ist es ganz unmöglich, eine größere Zahl von Arbeitern zu veranlassen, dauernd sich so zu beschränken, daß sie einen erheblichen Beitrag zur Gewerkschaft zu zahlen vermögen. Am ehesten zur gewerkschaftlichen Organisation geeignet sind die qualifizierten Arbeiter, die aus technischen oder traditionellen Rücksichten eine längere Lehrzeit haben, die den Zugang von Lehrlingen beschränken können, wo diese sich meist aus besser situierten Volksschichten rekrutieren, die allein die Mittel für die Lehrzeit ersparen können und deren Lebenshaltung dann auch die Ansprüche der ausgebildeten Arbeiter bestimmt; die von Frauen und Kindern keine Konkurrenz zu fürchten haben und auch durch keine starke industrielle Reservearmee bedrängt werden. Je tiefer man in der Stufenleiter unter diese Arbeiterkategorien herabsteigt,

desto größer die Konkurrenz unter ihnen, desto leichter sind sie zu ersetzen, desto größer der Andrang von Arbeitsjungen — deflassierte Handwerker, zuziehende Landarbeiter und Bauernsöhne, Ausländer, Frauen, Kinder — desto niedriger die Arbeitslöhne, desto notwendiger die gewerkschaftliche Organisation, aber auch desto schwieriger, bis sie schließlich bei der großen Masse der ungelerten Arbeiter auf unüberwindliche Hindernisse stößt.

Die gesamte Masse des Proletariats gewerkschaftlich zu organisieren, ist eine Utopie, ist völlig unmöglich. Die gewerkschaftliche Organisation wird stets nur eine Elite oder Aristokratie der Arbeiterklasse umfassen.

Andererseits aber sorgt die ökonomische Entwicklung und die gewerkschaftliche Tätigkeit selbst dafür, daß die günstige Position wieder verloren geht welche die Gewerkschaften den Unternehmern gegenüber erlangt haben.

Man darf sich eben die Entwicklung nicht als eine gradlinige denken; wohl geht sie in einer bestimmten Richtung vor sich, aber im Zickzack oder vielmehr in einer Spirale, daß es oft aussieht, als kehre man zum Ausgangspunkt zurück. Solange wir nicht die Kraft haben, unsere Gegner völlig niederzuwerfen, dient jeder unserer Erfolge dazu, sie aufzupeitschen zu erhöhten Anstrengungen, sie zum Aufgeben ihrer inneren Zwistigkeiten, zum stärkeren Zusammenschluß gegen uns zu drängen. Je stärker wir werden, desto stärker werden also auch unsere Gegner, desto schwerer unser Kampf, desto größer die Aufgaben, die uns gestellt werden. Das gilt für den politischen wie für den gewerkschaftlichen Kampf. Unsere Gegner lernen von uns, wie man unter den arbeitenden Massen agitiert, wie man organisiert, wie man die Frauen in den politischen und gewerkschaftlichen Kampf einführt usw.; sie gucken uns unsere Taktik ab und wenden sie gegen uns an; und sobald es einmal soweit gekommen, müssen wir wieder neue Methoden des Kampfes erfinden, um unseren Gegnern überlegen zu werden.

Fast jeder große Sieg, den wir errungen, hat daher

einen Rückschlag nach sich gezogen, eine Zeit des Stillstandes. So die großen Wahlsiege unsrer französischen Genossen in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die die Waldeck-Rousseausche Sozialdemagogie herborriefen, der es tatsächlich gelang, die sozialistische Sturmflut für eine Zeitlang einzudämmen. So der Dreimillionensieg unsrer Partei von 1903, der die Reste der bürgerlichen Demokratie ins Lager der Reaktion trieb und den indifferenteften Philister zum Kampfe gegen uns aufriittelte.

So haben auch die Erfolge der gewerkschaftlichen Streiktaktik neben der Konzentration des Kapitals dahin geführt, daß die Unternehmer sich immer mehr in festen Verbänden zusammenschließen und die Konkurrenz unter sich ausschalten, gerade jenes Moment, das die Streikaktion am meisten begünstigt.

Je mehr die Unternehmerverbände sich entwickeln, desto schwieriger wird es, durch den Streik den Kapitalisten Konzeptionen abzutrotzen, desto mehr bricht sich in den Gewerkschaften die Anschauung Bahn, der Streik sei ein veraltetes, barbarisches Mittel, das durch friedliche Vereinbarungen zu ersetzen sei, durch Schiedsämter, die an Stelle des Streiks ein gerichtliches Verfahren mit einem Schiedsspruch setzen, oder durch den Abschluß von Verträgen, und die Einrichtung gemeinsamer Organisationen von Unternehmern und Lohnarbeitern, Tarifgemeinschaften. Diese Einrichtungen bieten sehr verschiedenartige Seiten, und können nicht einfach mit ein paar Worten abgetan werden; aber im ganzen und großen gehen sie Hand in Hand mit einem Wachstum der Unternehmerverbände und einer Abnahme der Aggressivkraft und Aggressivlust der Gewerkschaften und entwickeln sie einen defensiven, konservativen Charakter. Wo sie auf-tauchen, da verzichten die Gewerkschaften immer mehr darauf, eine Position der Unternehmer nach der andern zu erobern, diese immer weiter zurückzudrängen; da legen sie das Hauptgewicht darauf, die gemommenen Positionen nicht wieder verloren gehen zu lassen. Diese Einrichtungen mögen unter Umständen nützlich, ja notwendig sein, aber sie be-

man n auf der letzten Generalversammlung der Hoffnung Ausdruck gab, durch Einführung von Arbeitslosen- und Wöchnerinnenunterstützung dem Verband neue Mitglieder zuzuführen? So ist es immer gewesen und wird auch so bleiben. Der Verband muß sich eben den gegebenen Verhältnissen anpassen! Aber C. L. will nun auf einmal von „Gründen der Nichtmitgliebert“ nichts wissen! Ueberflüssig ist es, zu erwähnen, daß manche Zahlstellen froh sind, Bevollmächtigte zu finden, sie deshalb nehmen müssen, wie sie sind. Deshalb habe ich ja gerade die Anschaffung einer Informationschrift angeregt, damit sich genannte Kollegen selbst helfen können; denn der Mensch ist eben das Produkt seiner Verhältnisse. Des weiteren versucht es C. L., mir klar zu machen, warum unser Verband die führende Stellung in der Arbeiterbewegung verloren hat. „Alle Kamellen“, möchte man sagen, in jeder Nummer des Tabakarbeiter kann man es lesen. C. L. glaubt mir aber etwas Neues verraten zu haben. Recht hat C. L., wenn er zum Schluß schreibt, wir hätten schon manches erlebt, und würden auch das noch erleben. Und wenn mich C. L. zu guter Letzt noch bittet, meinen Artikel noch einmal durchzulesen, so kann ich mit dem besten Willen nach nochmaligem Durchlesen nicht das Herauslesen, was C. L. herausgelesen zu haben scheint.

Die Mitglieder mögen selbst entscheiden, auf welcher Seite das Recht zu finden ist. Soffentlich lassen sich die Mitglieder durch C. L. die Ruhe nicht rauben und helfen das Unkraut mit ausrotten, um der Entwicklung des Verbandes den Weg zu ebnet.

Schweppitz i. Sa., 2. April 1905.
Ludwig Paasch.

Gewerkschaftliches.

Brannschwalde (S.-A.). Infolge Aussperrung einiger Mitglieder wird ersucht, den Zugang fernzuhalten.

Braunschweig. Infolge von Arbeitsmangel und Maßregelung von 5 Mitgliedern ist Zugang nach hier fernzuhalten. Die Bevollmächtigten.

Bredereiche (Kreis Templin). Bei der Firma Naas hier selbst bestehen Lohnunterschiede. Zugang ist streng fernzuhalten.

Bären i. Westfalen. Bei der Firma Fr. Stelmann fanden Lohnabzüge und Maßregelungen statt und wolle man deshalb den Ort meiden. Die Bevollm. von Bippstadt.

Dahme. Diejenigen Kollegen, welche gedenken, hier in Arbeit zu treten, wollen sich um Auskunft erst an den 1. Bevollmächtigten wenden.

Frankfurt a. M. Da hier bei der Firma Bod u. Comp., Zigarettenfabrik, Maßregelungen vorgekommen sind und die Firma versucht von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen, ersuchen wir die Kollegen den Zugang fernzuhalten, weil über die Fabrik die Sperre verhängt ist. Der Bevollmächtigte.

Halberstadt. Da hier noch viele Gemäßregelte sind, ist der Zugang bis auf weiteres fernzuhalten.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Jastrow. Zugang nach hier ist strengstens fernzuhalten, weil bei zwei Firmen sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten sind. Die Bevollmächtigten.

Kaputh b. Potsdam. Der Zugang nach hier ist bis auf weiteres fernzuhalten, da Differenzen bestehen.

J. A.: Willy Siegel, 2. Bevollm., Burgstr. 49.

Kottbus. Wir ersuchen sämtliche Kollegen den Zugang fernzuhalten.

Neumarkt in Schlef. Wegen Maßregelungen bei der Firma Jäger ist der Zugang nach hier fernzuhalten.

Neundorf (Anhalt). Der Zugang nach hier ist fernzuhalten, da bei der Firma Gorges u. Draumann Lohnunterschiede entstanden sind. A. Pfeffelin, 3. Bevollm.

Reinsfeld. Die Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich vorher mit Binder diesbezüglich in Verbindung setzen.

Tangermünde. Der Zugang nach Schönhausen a. d. Elbe ist bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Der Bevollmächtigte.

Templin. Ueber die Firma C. Stemmwedel ist die Sperre verhängt; vor Zugang wird gewarnt.

deuten nicht einen Fortschritt der Gewerkschaften über ihre früher errungene Machtposition hinaus, sondern eine Tendenz zum Beharren beim Errungenen, mitunter gar Versuche, mit den Unternehmern gemeinsame Sonderverträge auf Kosten der Gesellschaft oder selbst anderer Arbeiterkategorien zu erringen. Vereinbarungen der letzteren Art sind ein Rückfall in die reaktionärste Zünfterei. In einer Zeit so gewaltiger technischer und ökonomischer Umwälzungen und Fortschritte bedeutet aber jeder Stillstand einen Rückschritt und eine Verschlechterung der relativen, sozialen Position der Arbeiterklasse.

Der „soziale Friede“, der auf diese Weise hergestellt werden kann, wird natürlich auch im besten Fall nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Der Klassengegenatz muß immer wieder durchbrechen, und wehe der Arbeiterschicht, die für die Zeiten solcher Konflikte nicht gerüstet ist. Aber auch als vorübergehende Erscheinung ist dieser „soziale Friede“ nur für bestimmte Kategorien möglich und sein Gebiet noch viel enger begrenzt, als das der gewerkschaftlichen Organisation.

Die Tarifgemeinschaft ist nur die eine Erscheinung, die der Unternehmerverband zeitigt. Die andre ist — der „Scharfmacher“.

In manchen Produktionszweigen, die entweder durch Schutzzölle oder natürliche Bedingungen besonders geschützt sind, gelangt der Unternehmerverband dahin, die Konkurrenz unter seinen Mitgliedern nach allen Seiten hin auszuschließen, seinen Betrieben alle Vorteile eines Monopols zu verschaffen, das in der Ausdehnung der Produktion und Festsetzung der Preise in einem hohen Grade willkürlich verfahren kann. Natürlich nicht ganz willkürlich. Ein absolutes Monopol gibt es nicht. Der Verband oder das Syndikat darf die Preise nicht so hoch ansetzen, daß der Konsum dadurch allzusehr eingeengt wird oder die auswärtige Konkurrenz die Möglichkeit erhält, die Schranken erfolgreich zu überspringen, die die Politik oder die Natur um den Produktionszweig im Lande aufgerichtet. Aber man kann überall von einem Monopol reden, wo die Konkurrenz unter den Unternehmern so weit ausgeschlossen ist, daß diese

Weizenfels a. S. Der Zugang nach hier ist streng fernzuhalten.

Zum 1. Mai. Der belgische Tabakarbeiter schreibt:
Bravo! Der Zigarrenmacherverband von Antwerpen beschloß in seiner letzten Versammlung vom 16. März einstimmig, den 1. Mai festlich zu begehen und die Arbeit ruhen zu lassen. Zigarrenmacher von Belgien, folgt diesem Beispiel nach!

Der Courier, das Fachorgan der Handels- und Transportarbeiter, hat mit seiner letzten Nummer die Auflage von 50 000 Exemplaren überschritten. Das Blatt ist eins der jüngsten Gewerkschaftsorgane, es wurde erst im Jahre 1897 zugleich mit der Zentralorganisation der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter gegründet. Damals zählte seine Auflage 2000 Exemplare. 1900 erschien der Courier bereits in 20 000 und nach einem Stillstand während der Krisenjahre 1901 und 1902 stieg die Leserschaft 1903 auf 25 000. In den letzten zwei Jahren ist also eine Zunahme um netto 100 Proz. zu verzeichnen. Verglichen mit der Auflageziffer im Gründungsjahre beträgt der Aufschwung gar 2500 Proz. und das in der kurzen Spanne Zeit von acht Jahren, zumal sich die Leser aus ungelerten Arbeitern rekrutieren. Mit solchen Erfolgen können die Handels- und Transportarbeiter schon zufrieden sein, ihre eifrige Agitationstätigkeit hat reiche Früchte getragen.

Weitere Fortschritte der Gewerkschaften. Der Verband der Hutmacher stieg im vorigen Jahre von 4171 auf 4532 Mitglieder; der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter von 29682 auf 40405; der Verband der Tapezierer von 4816 auf 5620; der Verband der Bildhauer von 4003 auf 4693 Mitglieder.

Frauenagitation in der Schweiz. Die Berner Arbeiterstimme berichtet über die Agitation unter den Tabakarbeitern. Im März fand im Salmenaal in Rheinfelden die angeführte Tabakarbeiterversammlung statt, in der Genossin Frau Jaas über die Lebensverhältnisse der Tabakarbeiter referierte. In einstündigem Vortrag verstand es diese junge Frau, die Herzen für sich zu gewinnen. Hauptächlich galt der Vortrag dem Frauengeschlecht, das in der Tabakindustrie den größten Teil ausmacht. Sie schilderte die Frau in der Bergangeheit, wo ihr Wirkungskreis die engbegrenzte Gtäuslichkeit war. Aber schon vor der französischen Revolution war dieselbe in der damaligen Industrie tätig, doch kam ihre Arbeit erst recht zur Geltung, als die Dampfkraft Verwendung fand und immer bessere Maschinen erfunden wurden. Aber mit ihrer Verwendung tritt sie als Konkurrentin des Mannes auf, die Löhne werden niedriger. Dagegen muß gesteuert und für gleiche Arbeit gleicher Lohn verlangt werden. Um dies zu erreichen, müssen auch die Frauen hineln in die Organisation, sie müssen zu ihren Brüdern, Männern und Vätern stehen, dann werden Löhne, wie man sie heute so vielfach in diesem Berufe findet, bald verschwinden.

Noch schildert sie die Verhältnisse in hygienischer Beziehung, die für die Frau viel mehr Nachteile im Gefolge habe, wie für den Mann, deshalb müsse auf eine Reduzierung der Arbeitszeit gedrungen werden.

Auch in politischer Beziehung sollen die Frauen tätig sein und Rechte verlangen, sowohl in der Gemeinde wie im Staat. Bis diese aber errungen sind, sollen sie ihre Männer anfeuern, mehr denn jetzt am politischen Leben sich zu beteiligen und dafür einzutreten, daß Männer in die obersten Räte geschickt werden, die die Leiden und Freuden des Arbeiters kennen, dann wird auch für die Enterbten besser geforgt werden.

Aufruf zur Unterstützung der streikenden Schuhmacher in Weizenfels. An die Gewerkschaftskartelle in Deutschland! Werte Genossen!

Seit 6 Wochen stehen mehr als 2000 Schuhfabrikarbeiter in Weizenfels im Kampfe um die Anerkennung eines Lohn- und Arbeitsvertrages.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden seit der Aussperrung im Jahre 1897 betärlig reduziert bzw. verschlechtert, daß es den Arbeitern kaum mehr möglich war, existieren zu können. Hand in Hand mit der Reduzierung der Löhne ging die Bewucherung der Arbeiter und Arbeiterinnen durch das Drucksystem. Die Journalturen wurden den Arbeitern teilweise zu

dauernd Preise erzielen, die ihnen einen erheblich höheren als den Durchschnittsprofit sichern.

Wo es so weit kommt, da brauchen die Unternehmer einen Streik nicht zu fürchten. Er kann sie nicht nur nicht zu Konzessionen zwingen, er kann sie nicht einmal ernsthaft schädigen, da sie die Macht haben, die schlimmsten Konsequenzen eines Produktionsausfalls auf die Konsumenten abzuwälzen. Diese, nicht die Unternehmer, bei denen der Streik ausbricht, sind nun dabei die Leidtragenden. Die Monopolisten können ihn ruhig aushalten.

Diese Produktionszweige sind es, die den Typus des Scharfmachers produzieren, der jede Konzession an die Arbeiter, jedes Verhandeln, jede Vereinbarung mit ihnen hochmütig ablehnt und stets unbedingten Gehorsam fordert.

Die Scharfmacher für den sozialen Frieden lieben es, diesen Typus als einen veralteten zu bezeichnen, etnen, der nicht den modernen sozialpolitischen Geist erfasst habe, der aber nach und nach entweder zu „modernen“ Anschauungen „erzogen“ werden oder aussterben müsse. Nichts irriger als das. Der Scharfmacher ist der modernste unter den Kapitalistentypen, nicht ein Produkt der Bergangeheit. Ihm gehört vielmehr die Zukunft — soweit der Kapitalismus noch eine hat. Er dürfte dessen letzte Phase verkörpern.

Neußerlich hat er freilich manches mit dem alten Typus des patriarchalischen „Herrn“ in der Fabrik gemein. Aber verstanden wir nicht, daß die Entwicklung in der Form einer nach aufwärts gerichteten Spirale vor sich geht. Sie kehrt anscheinend immer wieder zu ihren Ausgangspunkten zurück, aber sie wiederholt sie in höherer Form.

Der Herr der vorgewerkschaftlichen Zeit forderte allerdings strengste Disziplin und schweigende Unterwerfung in seinem Betrieb. Aber er war mit diesem groß geworden, verstand ihn aufs genaueste, arbeitete am unermüdblichsten, war der erste an der Arbeit und der letzte, der sie verließ; er kannte seine Arbeiter persönlich, die Unterwerfung, die er von ihnen forderte, war die, welche man von unmündigen Kindern verlangt, die ihm freilich auch oft als ungeratene Kinder erschienen. Nicht jeder dieser Unternehmer war ein Robert Owen. Sie waren oft nichtiglos, ja grausam,

so hohen Preisen angerechnet, daß sie manche Woche fast umsonst arbeiten mußten.

Nur ein Beispiel wollen wir anführen, um die ungeheure Ausbeutung der Arbeiter in Weizenfels zu zeigen. Eine Arbeiterin an der Knopfbefestigungsmaschine verdiente am 10. Juni 1904 32,85 Mark, für Journalturen gingen an 23,94 Mark, mithin verblieb an Lohn 8,99 Mark; am 17. Juni Verdienst 24,79 Mark, ab für Journalturen 19,84 Mark, verblieb an Lohn 5,45 Mark; am 24. Juni Verdienst 25,39 Mark, ab für Journalturen 22,74 Mark, verblieb an Lohn 2,65 Mark, in Worten zwei Mark fünfundsiebzig Pfennige.

Wer will es unter solchen Umständen den Arbeitern verdenken, wenn sie sich endlich aufräumen, um mit einem solchen System der Ausbeutung aufzuräumen?

Die Arbeiter verlangten einen einheitlichen Lohnstarif, Befestigung bzw. Stellung der Journalturen zum Selbstkostenpreise und Festlegung des Tarifs durch Verträge auf ein Jahr. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab, auch die Vermittlung des Gewerbegerichts sowie die des Gewerbeinspektors wurde zurückgewiesen. Sie wollen an der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter durch nichts gehindert sein.

In unerschütterlicher Treue haben die Streikenden, von welchen über 1800 dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands und über 500 dem S.-D. Gewerbeverein angehören, nunmehr 6 Wochen zum Teil mit sehr geringen Unterstüßungen Stand gehalten. Jetzt aber kehrt die Not bei einem Teil der Streikenden ein. Nur circa 1000 dem Zentralverband angehörende sind von ihrer Organisation vollunterstützungsberechtigt, mehr als 600 müssen mit einer geringen Unterstüßung aus der Lokalkasse sich zufrieden geben. Die Mittel dieser Lokalkasse sind aber durch die lange Dauer des Kampfes jetzt erschöpft. Sollen die Arbeiter nicht durch Hunger getrieben in das alte Joch zurückkehren, so müssen neue Mittel flüssig gemacht werden.

Alle Mittel der Lockungen und Versprechungen der Fabrikanten haben bisher nicht vermocht, die Streikenden wandelmütig zu machen. Mit geradezu bewundernswürdiger Einmütigkeit stehen die Streikenden heute, nach 6 Wochen, noch genau so fest wie am Anfang des Streikes. Die Fabriken stehen größtenteils still, nur wenige können mit Mühe und Not den Betrieb aufrecht erhalten. Wenn wir in der Lage sind, die Streikenden weiter zu unterstützen, müssen die Fabrikanten ihre ablehnende Haltung aufgeben, und der Sieg der Arbeiter wird ein vollständiger sein.

Wir appellieren an die Kartelle, unverzügliche Sammlungen einzuleiten und, wo flüssige Mittel vorhanden, solche sofort an eine der untenstehenden Adressen zu überweisen.

Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe! Wir hoffen, daß die Arbeiterchaft Deutschlands die Weizenfeler Schuhfabrikarbeiter, welche bei allen größeren Streiks und Aussperrungen ihre Solidarität bewiesen, in ihrem Kampfe gegen ein prophanhaftes Unternehmertum sie nicht im Stich lassen werden.

Sendungen sind zu richten an G. Neuh, Hauptkassierer im Nürnberg, Feniherplatz 4 oder an Rudolf Weise, Weizenfels a. S., Töpferdamm 21.

Mit brüderlichem Gruß und Handschlag!
Für den Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands:
Jof. Simon, 1. Vorf.

Für die Zahlstelle Weizenfels: R. Weise, Weizenfels, Töpferdamm 21.

Für das Gewerkschaftskartell in Weizenfels: R. Norman, Weizenfels, Raumburger Straße 44.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 27. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Bild der Zeit. — Die Belgier und der Kongokongrat. Von Emil Vanderveelde. — Zur Generalstreikbewegung. Von Eugen Umrah. — Ein Beitrag zur Agrarfrage. Von Dr. Salomea Perlmuter. — Das Ende der Internationale in England. Von Gustav Jaech.

Arbeitersekretariat Breslau, Jahresbericht. Nebst Bericht über den Stand der Breslauer Gewerkschaften 1904. V. Geschäftsjahr 1904. Breslau, Selbstverlag des Arbeitersekretariats.

Allen Beschwerdeführern über unpünktliche Zustellung des Tabak-Arbeiters zur Nachricht, daß die Verzögerungen größtenteils darauf zurückzuführen sind, daß Umstellungen zc. zu spät in unsere Hände gelangen. Wir bitten daher die Bevollmächtigten, alle auf den Verband bezüglichen Mitteilungen uns bis spätestens **Mittwoch mittag** zugehen lassen zu wollen, damit dieselben zu der **Sonntags-Nummer berücksichtigt** werden können.
Die Expedition.

aber das erschien dann mehr als Folge persönlicher Charaktereigenschaften, denn als Geschäftsprinzip. Die Persönlichkeit des Unternehmers war da noch von großer Bedeutung.

Die Gewerkschaft, die den Proletarier widerstandsfähig machte und zum Selbstbewußtsein erzog, bläute den Herren Respekt ein; sie lernten in ihrem Lohnarbeiter den ebenbürtigen Menschen achten.

Nun aber läßt die moderne Zentralisation des Kapitals in ihren Niesenunternehmungen wieder den Typus des absoluten Herrschers entstehen. Indes gehört dieser jetzt zur hohen Finanz, hat persönlich mit seinem Betrieb nichts mehr zu tun, den er besitzt und ausbeutet, aber nicht selbst leitet. Und für die hohe Finanz sind in der Politik wie in der Industrie Menschen nur Schachfiguren, Menschenleben die gleichgültigste Sache von der Welt. Sie macht ebenso gleichmütig ihre Geschäfte zur Unterstützung der Bluthunde von Rißhineff und Petersburg, wie sie die Getreidepreise durch einen Corner in die Höhe treibt, um Millionen auszuhebeln, oder Baumwolle aufkauft, um Hunderttausende von Textilarbeitern brotlos zu machen. Warum soll sie den Lohnarbeitern ihrer eignen industriellen Betriebe gegenüber sentimental sein, die sie persönlich nicht kennt, die für sie nichts sind, als Arbeitswerkzeuge oder Lasttiere, Zahlen in einem Rechenexempel, dessen Lösung stets einen möglichst hohen Profit bildet? Diese Macht zermalmt alles, was nicht in ihrem Interesse ist, ihr Widerstand zu leisten.

Unter dieser Unternehmerschaft wäre ein Robert Owen heute ganz unmöglich, denn sie ist eine ganz unpersonliche Macht geworden. Auf der einen Seite beruht sie meist auf dem Aktienbesitz, auf der andern Seite ist der Einzelbetrieb in völlige Abhängigkeit vom Unternehmerverband gekommen und was sich an kleineren, noch von den Besitzern selbst geleiteten Betrieben, in diesen Produktionszweigen erhalten hat, ist der Konkurrenz der Großen so wenig gewachsen, daß es sich nur schwer über Wasser hält und am allerwenigsten das Zeug dazu hat, den Arbeitern Konzessionen zu machen, die den großen Konkurrenten unbecquem wären.

(Fortsetzung folgt.)